

Politik als sicherheitspolitische Gefahrenabwehr Über die schleichende Aushöhlung von Recht und Demokratie

Thomas Gebauer/medico international

I.

Kurz vor Weihnachten war ich für einige Tage in Guatemala. Der Flug ging durch die USA, und wer einmal Transit durch die USA gereist ist, weiß von den vielen Sicherheitschecks, die einen dort erwarten. Nach der letzten Kontrolle, dort etwa, wo man seinen Gürtel wieder anlegen darf und die Schuhe bindet, stand ein kleines Gerät, halbhoch, nicht besonders aufdringlich, eher wie ein Laptop auf einem Ständer, und darauf der Satz: „How was your security screening process today?“ – Wie empfanden Sie Ihre Sicherheitsüberprüfung heute?

Die Frage war ernst gemeint; und man konnte sie tatsächlich auch beantworten. Beispielsweise, indem man eine der vier Tasten drückte, die sich unter der Frage befanden: vier Smileys, deren Gesichtsausdruck von Zufriedenheit bis Verärgerung variierte.

Der kleine Apparat im Flughafen von Dallas verdeutlicht die zunehmende, von vielen Menschen nicht immer bemerkte Ausrichtung unseres Lebens an Sicherheitsüberlegungen und – damit einhergehend – die Aushöhlung von Recht und Demokratie.

II.

Es gibt heute wohl kaum ein Thema, das die Öffentlichkeit mehr bewegt, als das Thema Sicherheit. Sicherheit ist fraglos zu einem alles dominierenden gesellschaftlichen Dispositiv geworden, einem Ensemble von Vorentscheidungen, die den Diskurs, die Ausrichtung der Institutionen, die sozialen Interaktionen der Menschen, kurzum; die gesamte Lebenswelt bestimmen.

Man muss nicht sonderlich aufmerksam sein, um die Spuren, die das Bemühen um Sicherheit im alltäglichen Leben bereits hinterlassen hat, wahrzunehmen. Sie reichen von privaten Sicherheitsdienste in den U-Bahnen über chipbewährte Gesundheitsausweise, die erkennungsdienstliche Behandlung beim Grenzübertritt, die Vorratsdatenspeicherung, die Video-Überwachung von Plätzen, Straßen und ganzen Städten, die Satelliten-gestützte Kontrolle des Verkehrs, Kameras in Schulen bis hin zur Massenausspähung durch Geheimdienste, die längst in jedem Menschen eine potentielle Sicherheitsgefahr sehen.

Aber auch bei den Ausgespähten, bei uns allen, spielt Sicherheit eine zunehmend größere Bedeutung. Angesichts all des Elends, das in der Welt herrscht, angesichts von Kriegen und Gewalt, von ungelösten Zukunftsfragen, wachsender sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Auflösungserscheinungen, nimmt das nicht wunder. Die Welt, daran gibt es keinen Zweifel, ist zu einem höchst unsicheren Ort geworden, der zugleich mit immer mehr Sicherheitstechnik vollgestopft wird.

Sie werden staunen, was so alles auf den einschlägigen Fachmessen angeboten wird. Warnsysteme, gepanzerte Autos, private Wachdienste – das Geschäft mit der Sicherheit boomt. Von 2011 bis 2013 ist der Umsatz der deutschen Sicherheitsindustrie um acht Prozent auf 11,9 Milliarden Euro angestiegen. Auf der „Security Essen“, eine der wichtigsten Fachmessen der Branche stellten im September 1050 Aussteller aus 40 Ländern ihre Innovationen vor. Schwerpunktthema war Videoüberwachung und dabei automatisierte Gesichtserkennungs-Technologien,

deren Einsatz zwar gegen geltende Datenschutzbestimmungen verstößt, die aber munter weiterentwickelt werden.

Terroranschläge, wie der gegen Charlie Hebdo in Paris, scheinen solche technologischen Aufrüstungen nachgerade herauszufordern. Dabei wird allerdings übersehen, dass die Risiken und Schrecken der heutigen Welt nicht einfach vom Himmel gefallen sind. Wer genauer hinsieht, erkennt in ihnen die prekären Folgen einer Politik, die der französische Soziologe Pierre Bourdieu so treffend als „Politik der Entpolitisierung“ beschrieben hat. Eine Politik, die es gelungen ist, die vorschreitende Krisendynamik, die mit der globalen Entfesselung des Kapitalismus einhergegangen ist, als eine ökonomische Zwangsläufigkeit auszugeben. „There ist no alternative“, nannte das Margret Thatcher.

Gerade ist in Peru die Weltklimakonferenz zu Ende gegangen. An Evidenz über die Gefahren, die mit dem Klimawandel eingehen, fehlt es gewiss nicht. Die selbsternannte „Klimakanzlerin“ aber ist wie immer ganz vorne, wenn es darum geht, die Interessen der Wirtschaft gegen den Klimaschutz zu verteidigen. Zumal die Folgen solcher Politik ja meist andere zu tragen haben. Im Jahr 2050 sollen es bereits 200 Mio. Klimaflüchtlinge sein, die aufgrund von Dürren und Überschwemmungen ihre Lebensgrundlagen verloren haben werden.

Und so gehört es zum bedauerlichen Zustand gegenwärtiger Politik, dass sie immer wieder mit Krisen und Gefahren konfrontiert ist, die sie zuvor selbst befördert hat.

Aber schauen wir noch ein wenig genauer hin: denn das, was zu die „Politik der Entpolitisierung“ vorgetrieben, sind immer größer werdende soziale Spaltungen - sowohl zwischen als auch innerhalb der Länder. Vom globalen Dorf, wie es früher euphemistisch hieß, keine Spur. Heute steht auf der einen Seite der globale Norden mit seiner wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Vorherrschaft und auf der anderen der globale Süden, die Zonen der Armut, Perspektivlosigkeit und sozialem Ausschluss entstanden. Nord und Süd verwende ich übrigens als politische, nicht als geographische Begriffe. Längst gibt es den globalen Süden, die Banlieus, die Viertel der Ausgeschlossenen auch im Norden und umgekehrt Zonen eines fast schon märchenhaften Reichtums auch im Süden.

Dass aus solchen Spaltungen Konflikte und Gewalt resultieren, sollte nicht überraschen. Dass Gesellschaften unter solchen Umständen auseinanderbrechen, ebenfalls nicht.

Mit Blick auf die Zeit, die mir zur Verfügung steht, werde ich die komplexen Zusammenhänge, um die es hier geht, nicht weiter ausführen können. Ein Verweis auf die hervorragenden Studien des britischen Sozialforschers Richard Wilkinson muss genügen. Mit aufschlussreichen Statistiken hat er nachgewiesen, wie soziale Ungleichheit Gesellschaften verunsichert, wie Ungleichheit mit Rassismus, Gewaltverbrechen, Suiziden, Krankheiten, etc. korreliert.

Aber es kommt noch ein weiteres hinzu: Die gigantischen Kapital- und Geldvermögen, die im Zuge neoliberaler Umverteilung entstanden sind, lassen sich kaum noch rentabel investieren. Rendite ist heute meist nur noch über die Senkung der Produktionskosten, sprich: über Lohn-dumping, die Umgehung von Umweltschutzbedingungen oder Steuervermeidung, bzw. über die Privatisierung sozialer Institutionen zu erzielen. Dort, in der Energiesicherung, der Wasserversorgung, der Krankenversicherung, der Rente, etc. rechnen sich Kapitalanleger große Profitmöglichkeiten aus.

Die Enteignung des sozialen Eigentums – und um nichts anders geht es bei Privatisierung von sozialen Institutionen – , die in den letzten Jahrzehnten mit Nachdruck politisch vorangetrieben wurde, hat ganz erheblich zur sozialen Verunsicherung beigetragen. Beispielhaft dafür steht die private Alterssicherung, die sich mehr und mehr als Flop entpuppt, zumindest für die Versicher-

ten. Und wie weit der Kahlschlag im Sozialen noch getrieben werden kann, zeigt sich heute in Griechenland.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat deutlich gemacht, dass Teilhabe und Anerkennung, die großen Versprechen des Kapitalismus, für die überwiegende Mehrheit letztlich unerfüllt bleiben. Damit gehen Enttäuschungen einher, Gefühle von Scham und Ängste, die abgewehrt werden müssen und auf Entschädigung drängen.

Viele finden solche Entschädigung in ethnischen Überhöhungen bzw. in fundamentalistischen Bewegungen, andere, die es sich leisten können, finden sie im rastlosen Konsum fetischisierter Waren.

In beidem, im selbstsüchtigen Genuss wie in der Abgrenzung von anderen, geht es übrigens nicht alleine um ein Opium für s Volk (im Sinne von ideologischer Verblendung und Manipulation), sondern vor allem um ein Opium d e s Volkes (im Sinne notwendiger Triebbefriedigung und Angstabwehr). Das zu wissen ist wichtig, weil es auf die Grenzen von Aufklärungsarbeit verweist.

Der Konsum billiger T-Shirts ist eben nicht allein Unwissenheit geschuldet, sondern auch und gerade dem Verlangen, über Klamotten Bestätigung und Glück zu erfahren. Ein schales Glück freilich, das nicht lange anhält und beständig nach Erneuerung verlangt.

Wer versucht, PEGIDA mit Argumenten beizukommen, wird scheitern. Die Angst vor einer vermeintlichen Islamisierung speist sich nicht aus konkreten Konflikten, sondern aus dumpfen Ver-lusterfahrungen, die ganz anderen Ursprung haben und sich unter der Hand in ausländerfeindliche Ressentiments verwandelt haben.

So paradox es klingt: in ihren psychischen Struktur ähneln die PEGIDA Aktivisten jenen vornehmlich jungen Männern, die sich von Deutschland aus dem Islamischen Staat anschließen; - sie ähneln den Gefolgsleute von US-Erweckungspredigern, den Mitgliedern protestantischer Sekten in brasilianischen Favelas, den Parteigängern populistischer Bewegung in Frankreich, Belgien, Skandinavien, der Morgenröte in Griechenland. Sie eint ein autoritärer Charakter, die Intoleranz für Mehrdeutigkeiten, die Angst vor Fremden, der fehlende Sinn für Humor, für das Lachen, den Witz, in dem sich bekanntlich das Verdrängte meldet.

In einer Welt, die Teilhabe und Anerkennung verweigert, sind es populistische und/oder religiös-fundamentalistische Bewegungen, die Identität stiften und dem Bedürfnis nach Schutz entsprechen. Der Preis freilich ist hoch: er liegt in der Abgrenzung von Andersdenkenden und einer voranschreitenden Polarisierung von Gesellschaften.

III.

Diese höchst prekäre Entwicklung im Blick gilt es dennoch noch einmal zu betonen, dass das Bedürfnis nach Sicherheit keineswegs als solches verächtlich zu machen ist. Die Garantie körperlicher Unversehrtheit, der Schutz vor Raub, die Rechtssicherheit, der Zugang zu sozialer Sicherung – all das verweist auf fundamentale Menschenrechte, deren Realisierung und Sicherstellung wichtige gesellschaftliche Aufgaben darstellen.

Problematisch ist nicht das Bedürfnis nach Sicherheit, sondern allein die Art und Weise, wie es gesellschaftlich formiert und schließlich auch instrumentalisiert wird.

Und das etwas mit dem Umgang mit den Risiken, die es in der heutigen Welt gibt oder zu geben scheint, nicht stimmt, darauf verweisen bereits die vielen Panik- und Moralkampagnen in

der Boulevardpresse. Um ordnungspolitische Maßnahmen allein kann es in all den Crime und Skandalgeschichten nicht gehen. Ganz offenbar lässt sich mit Ängsten auch Politik machen. Wer Bedrohungsszenarien auszumalen weiß und sich darin als wehrhafter Akteur zu inszenieren versteht, punktet natürlich bei denen, die Unsicherheit empfinden. Zu welcher Meisterschaft sich deutsche Politiker in dieser Disziplin aufschwingen können, ist auf jedem CSU-Parteitag zu erleben – aber nicht nur da.

Problematisch sind die selbstreferenzielle Systeme, die auf diese Weise entstehen und zu Wahrnehmungen führen, die nichts mehr mit der Realität zu tun haben müssen. Unter solchen Umständen kann die „gefühlte Bedrohung“ größer sein als die reale Bedrohung. Nur so ist es zu erklären, warum die Angst, Opfer von Gewaltkriminalität zu werden, in den letzten Jahrzehnten auf dramatische Weise angestiegen ist, obwohl die Polizeistatistiken dazu überhaupt keinen Anlass bieten.

Der Widerspruch zwischen gefühlter und realer Bedrohung aber ist nicht allein menschlicher Irrationalität geschuldet, sondern – wie wir sehen werden – Folge und Grundlage bestehender Herrschaftsstrategien.

IV.

Das multiple Krisengeschehen, das in der Welt herrscht, gibt berechtigt Anlass zur Sorge. So bedenklich sich die Lage hierzulande entwickelt hat, so extrem ist sie in den Ländern des Südens. Zwischen 30-50 Länder gelten inzwischen als „failed states“. Ihre Staatswesen sind über wirtschaftliche Strukturanpassungsprogramme und/oder im Zusammenhang von Kriegsökonomien mitunter bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt bzw. auf repressive Machtapparate reduziert wurden. In diesen Ländern sind es nicht mehr demokratisch legitimierte Institutionen, die für die Sicherheit der Menschen sorgen, sondern traditionelle Clan- und Familienstrukturen, Warlords, Privatarmeen, nicht selten kriminelle Netzwerke. Wenn Sie sich damit eingehender beschäftigen wollen, schauen Sie auf Mexiko, wo in den zurückliegenden Jahren das gesamte Staatswesen mehr und mehr von der organisierten Kriminalität übernommen wurde.

Zu Recht beklagen Politiker heute diese Entwicklungen. Aber statt den Ursachen nachzuspüren, beschränkt sie sich zumeist nur auf bloßes Krisenmanagement. Mit allen Mitteln versuchen sie der herrschende Status Quo - und mit ihm die Ungleichheit - zu sichern, und sei er auch noch so prekär. Statt über die Ländergrenzen hinweg auf sozialen Ausgleich und Integration zu drängen, setzt Politik auf punktuelle Gefahrenabwehr. Man handelt erst, wenn wieder einmal ein Krise lärmend vom sich reden macht. Der utopische Überschuss, der zur Gründung der UN geführt und auch noch die Politik eines Willy Brandt geleitet hat, ist einem pragmatischen Realismus gewichen, der nichts mehr verändern will, sondern nur noch darum bemüht ist, bestehende Privilegien und die sie begründenden Machtverhältnisse abzusichern.

Bezeichnend ist, dass der „UN-Wirtschafts- und Sozialrat“ (ECOSOC), der 1946 bei der Gründung der UN gleichbedeutend mit dem „UN-Sicherheitsrat“ konzipiert wurde, heute kaum noch eine Rolle spielt. Die Idee, den Frieden in der Welt über eine allgemeine auf Integration drängende wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern, ist einer „Versicherheitlichung von Politik“ gewichen, die letztlich auf Abschottung und damit Exklusion zielt und selbst in Entwicklung- und Menschenrechtspolitik nur noch Instrumente von Gefahrenabwehr sieht.

Ja, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik gelten der offiziellen Politik längst nicht mehr als eigenständige Politikbereiche. Der flagrante Versuch des damaligen Entwicklungshilfeministers Niebel, unter dem Stichwort „Vernetzte Sicherheit“ Hilfsorganisationen zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr zu nötigen, bildet dabei nur die Spitze des Eisbergs. Auch grüne Minister haben das durchaus ähnlich gewesen: Nur über eine breit angelegte Kombination von Entwicklungszu-

sammenarbeit, Finanz- und Handelspolitik, Menschenrechtspolitik, Polizei und Militär, so der damalige Außenminister Joschka Fischer 2003, könne Politik heute den neuen Bedrohungen begegnen.

Und so werden die Konturen des herrschenden Sicherheitsverständnisses deutlich: es verortet die Gefahren grundsätzlich außen und betrachtet folglich Sicherheit selektiv, als die Sicherheit derjenigen, die von außen bedroht werden.

Schauen Sie mal in die offiziellen Risikoanalysen. Auf bemerkenswerte, aber keineswegs überraschende Weise werden dort die Gründe für die Bedrohungen nicht mit der ökonomischen und politischen Vorherrschaft des Nordens in Verbindung gebracht, sondern allein in den Ländern des Südens selbst verortet. Nicht in der Marktradikalität mit all ihren negativen Auswirkungen auf die Lebensumstände der Menschen im Süden sehen die Sicherheitsberater in Washington, London und Berlin den Grund für Fehlentwicklungen, sondern in dem, was aus ihr, der Marktradikalität, resultiert: der Bevölkerungsdruck, die Migration, die Verstädterung, die Gewalt. Nicht die internationalen Trawler-Flotten, die die Gewässer entlang der afrikanischen Küste leerfischen, sind das Problem, sondern die Piraterie, mit der Kleinfischer zu überleben versuchen. Nicht die milliardenschweren EU-Agrarsubventionen stehen im Fokus, sondern die Flüchtlinge, die sich auf den Weg nach Europa machen, weil die Erträge ihre Landwirtschaft mit den subventionierten Produkten aus Europa nicht mehr mithalten können. Die Attentäter von Paris, geboren und aufgewachsen in Frankreich, gelten wie selbstverständlich als Ausländer.

Es gehört zum Wesen des herrschenden Sicherheitsverständnisses, dass die Ursachen von Missständen allein im Außenverhältnis gesehen werden - und das eint Pegida mit der europäischen Grenzschutzagentur Frontex. Höchst bedenklich ist diese grundsätzlich falsche Analyse aber vor allem deshalb, weil letztlich nicht mehr, sondern weniger Sicherheit schafft.

Wenn internationale Kooperation nicht mehr auf Ausgleich drängt, sondern nur noch um Gefahrenabwehr, spricht: die Sicherung der eigenen Privilegien bemüht ist, muss Kooperation scheitern. Aber wo es keinen Ausgleich mehr gibt, bleibt allein das Hochziehen von Mauern: ganz faktisch beispielsweise durch immer aufwendigere Grenzkontrollregime, aber auch immateriell im Bewusstsein der Leute, durch Mauern im Kopf. Und darin liegt der Grund, warum selektive Sicherheitsstrategien heute so leicht verfangen.

Die Idee einer „human security“, die allen Menschen zu Teil werden sollte und vor einigen Jahren vom „Weltentwicklungsprogramm der Vereinten Nationen“ (UNDP) vorgeschlagen hat, ist leider gescheitert. Sie musste es vermutlich, weil Sicherheit – im Gegensatz zu den Menschenrechten – immer nur selektiv verstanden wird, - als Sicherheit, die an bestimmte Territorien bzw. Privilegien gebunden ist, - mit Blick auf die bestehenden Verhältnisse als Absicherung eines kleinen Teils der Weltbevölkerung, genauer: als Absicherung einer imperialen Lebensweise, die einige auf Kosten anderer führen.

So groß auch hierzulande die Sorge war, dem Ausbruch der Ebola-Epidemie zum Opfer fallen zu können, so wenig interessiert das Thema heute, nachdem klar wurde, dass das Verrecken auf Westafrika beschränkt bleiben wird.

Die Idee universeller Menschenrechte steht für internationale Beziehungen, die um Ausgleich bemüht sind, die Idee von Sicherheit für eine Welt, die auf Ausgrenzung setzt. Derart folgen Sicherheitsstrategien der Logik der ökonomischen Globalisierung; sie sichern die rentablen Regionen der Welt vor den Zonen der Ausgrenzten und Überflüssigen. Und dies sowohl im gesellschaftlichen Binnenverhältnis wie im globalen Kontext. Dabei werden ausgerechnet diejenigen in ihren Lebensumständen verunsichert, die am meisten sozialer Sicherung bedürften: die Mittellosen.

Schauen wir in die USA, wo die Fragmentierung der Gesellschaft weit vorangeschritten ist. Im Jahr 2000 waren es bereits 9 Mio. US-Bürger, die in sog. „gated communities“, von privaten Sicherheitsdiensten geschützten Siedlungen lebten. Gleichzeitig saßen über 2 Mio. Menschen in US-Gefängnissen; das ist die höchste Internierungsrate der Welt.

Aber selbst aus solchen Spaltungen lässt sich noch Profit schlagen. In den USA werden die Gefängnisse häufig von privaten, börsennotierten Firmen betrieben. Die *Correction Corporation of America* beispielsweise steigerte den Wert ihrer Aktien in den 90 Jahren von 50 Millionen auf 3,5 Milliarden Dollar.

Um „zero tolerance“ durchzusetzen und Menschen schon für kleinste Vergehen lebenslang weg-schließen zu können, bedarf es einer besonderen Haltung, und auch die ist durch den Siegeszug des Neoliberalismus gefördert worden. Wo es keine Gesellschaftlichkeit mehr geben soll (Sie erinnern sich an Margret Thatchers Diktum: „There is no such a thing as society“), da ist auch jeder und jede für sich selbst verantwortlich. Wer es nicht packt, hat seine Chance eben nicht genutzt. An die Stelle eines solidarischen Miteinanders tritt so eine egoistische Grundhaltung, und eben dieser Egoismus bildet den Kern der Ideologie des Neoliberalismus – gefeiert in Manager-Magazinen ebenso wie in so manchem Gangster-Rap.

Im Ergebnis entsteht so ein Rassismus, der ohne Rasse auskommt. Die Ausgeschlossenen, die Obdachlosen, die Sklavenarbeiter, die Mittellosen, - sie alle haben letztlich selbst schuld, - vor allem aber: ... sie stören.

Nicht der Konsum von Produkten, die unter erbärmlichen Arbeitsbedingungen in Weltmarktfabriken oder durch Kinderhände hergestellt werden, ist das Problem, sondern dass es womöglich „da draußen“ Menschen gibt, die dem globalen Norden diesen Konsum vermiesen oder gar streitig machen könnten. Störungen müssen unterbunden werden. Auf allen Ebenen. Eine kommunale Gefahrenverordnung ermächtigt in Frankfurt die Polizei, Bettler per Platzverbote aus der Innenstadt zu entfernen. Flüchtlingen – so sie nicht gerade im Produktionsprozess gebraucht werden – droht die Abschiebung; dann gilt, „wer betrügt, der fliegt“, während sich die sogenannten „Leistungsträger“, heißen sie nun Hoeneß oder Ecclestone, jederzeit eine zweite Chance gönnen.

V.

Und damit ist schon angeklungen, wie das herrschende Sicherheitsdispositiv die Demokratie beeinträchtigt. Es sind gravierende Veränderungen, die mit der Durchdringung der Lebenswelten durch Sicherheitsstrategien einhergehen. Besonders bedenklich ist dabei der zunehmende Bedeutungsverlust der Kategorie des Rechts, an deren Stelle das Sicherheitsdispositiv tritt.

Im letzten Jahr ist bekannt geworden, wie die CIA systematisch und auf höchste Anweisung hin gegen bestehendes Recht verstoßen hat. Der Bericht über die CIA-Folter wird übrigens in diesen Tagen beim Westend-Verlag und in Zusammenarbeit mit medico auf Deutsch erscheinen. So schrecklich die darin geschilderten Praktiken sind, - für mich war fast noch schockierender, dass der flagrante Rechtsbruch in der Mehrheit der US-Bevölkerung auf Zustimmung gestoßen ist. Ganz offenbar legitimiert die Frage der eigenen Sicherheit selbst noch die schwersten Menschenrechtsverletzungen.

Aber man muss gar nicht ins Ausland schauen, um zu erkennen, wie das Recht durch Sicherheitsbemühungen ausgehebelt wird. Auch hierzulande ist zu beobachten. Denken Sie nur an die regelmäßigen Attacken der deutschen Boulevard-Presse auf Richter, die, den Buchstaben des

Gesetzes folgend, Straftäter nicht über die vorgesehenen Haftstrafen hinaus wegschließen wollen.

Dort, wo Angst geschürt wird und Unsicherheit zu einem permanenten Lebensgefühl wird, fangen solche Kampagnen. Sie legitimieren eine Politik, die sich immer weniger am bestehenden Recht orientieren muss, sondern das tun kann, was notwendig erscheint, auch wenn es nicht rechtens ist.

Dass die öffentliche Empörung über den NSA-Skandal so gering geblieben ist, zeigt übrigens, wie sehr sich die Öffentlichkeit bereits mit dem Sicherheitsdispositiv arrangiert hat. Überwachungsmaßnahmen, die vor einigen Jahren noch zu massiven Protesten geführt hätten, werden heute mehr und mehr hingenommen; Gewöhnung macht sich breit; die Überzeugung wächst, dass Leben und Überleben ohne wehrhafte Sicherheitsmaßnahmen nicht eigentlich mehr möglich ist, selbst wenn sie gegen geltendes Recht verstoßen.

Die Konsequenzen sind immens: Das Recht ist normativ, die Frage, was getan werden muss, aber eine politische, eine offene. Aus guten Gründen stellt das Recht eine abstrakte Angelegenheit dar, die unabhängig von Macht und Interessen gelten sollte. Dass sie das nicht immer tut, wissen wir, aber immerhin erhebt das Recht noch den Anspruch von Gleichheit. Im Bemühen um Sicherheit ist dagegen nichts mehr von Allgemeingültigkeit zu spüren; die Definition von Risiken ist immer subjektiv gefärbt, unbestimmt und emotional hoch aufladen. Gerade deshalb öffnet das Sicherheitsdispositiv Tür und Tor für Irreführungen und Manipulationen.

Und eben diese Unbestimmtheit hilft heutiger Politik bei der Überwindung ihrer Legitimationsdefizite. Politiker, die ihre wirtschaftliche und soziale Gestaltungskompetenz weitgehend an die Vorgaben der Ökonomie abgetreten haben, können sich im „Zupacken“ bei der Abwehr der negativen Folgen ihrer Politik dennoch profilieren. Sie brauchen sozusagen die Krise, um sich gegenüber der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, wie führende Politiker heute immer wieder an die Politik, also an sich selbst appellieren. Nicht um die Entfaltung menschenwürdiger Perspektiven geht dann allerdings, sondern um Gefahrenabwehr, um pragmatisches Krisenmanagement.

Die Botschaft, die im Hintergrund solcher Politik mitschwingt, ist ebenso populär, wie perfide. Weil sozialer Ausgleich nicht eigentlich mehr möglich scheint, weil Chaos droht, gibt es zur wehrhaften Abschottung keine Alternative – privat wie auf globaler Ebene. Es ist das Gefühl permanenter Bedrohung, das neo-liberale Herrschaftsstrategien jenseits von Recht und Justiz legitimiert. Ein Gefühl, das eine Politik legitimiert, die selbst noch den Abbau von Bürger- und Freiheitsrechten mit dem Primat der Sicherheit begründet.

Mit der Aushebelung des Rechts kommt es so auch zur Aushöhlung von Demokratie, zu einem zivilisatorischen Rückschritt. Die Orientierung an Recht und Rechtsansprüchen fördert die Autonomie von Menschen; wird Sicherheit das vorherrschende Dispositiv geraten sie in Abhängigkeit von medial gestützten mainstream –Diskurs.

Die Moral, die aus solchen Abhängigkeiten resultiert ist eine „Moral mit Anschlusszwang“, die sich nicht mehr auf dem demokratisch gebildeten Urteil von Bürgerinnen und Bürger gründet, sondern auf einer manipulierenden Vermengung von Information und Meinung. Alle sind überzeugt, dass wir uns sozialstaatliche Leistungen und öffentliche Güter nicht mehr leisten können, obwohl doch der gesellschaftliche Reichtum nie so groß war wie heute. Man begrüßt die „schwarze Null“, die der Finanzminister anstrebt, obwohl sie mehr der Wirtschaft als den Menschen dient. Nicht die Einschnitte in der sozialen Sicherung, erscheinen als das Problem, sondern dass es vielleicht hier und da Menschen gibt, die sich in der sozialen Hängematte ausru-

hen. Für das so entstehende Ressentiment bleibt es übrigens unerheblich, dass auf jeden Euro Sozialmissbrauch 1400 Euro an Steuerhinterziehung kommen. Dies alles der Öffentlichkeit klar zu machen, ist die Herkulesaufgabe, die vor uns liegt.

Es gehört zu den vordringlichen Aufgaben einer kritischen Öffentlichkeit, die herrschenden Sicherheitsstrategien zurückzuweisen. Gleichzeitig muss es um die Entwicklung einer globalen Perspektive gehen, in der Sicherheit nicht mehr als selektive Sicherheit, also auf Kosten anderer gedacht wird, sondern als die Sicherung der politischen und sozialen Rechte aller Menschen. Notwendig ist die Rekonstruktion eines emphatischen Begriffs von Solidarität und Hilfe, der sich gegen jede Form einer Instrumentalisierung für sicherheitspolitische Zwecke zur Wehr setzt.

Gelingt das nicht, werden Apparate, wie der am Flughafen in Dallas, überhand nehmen. Dann wird es nicht mehr um die Frage gehen, wie den Schrecken der Welt durch andere Politik begegnet werden kann, sondern nur noch darum, ob uns die zugemuteten Sicherheitsmaßnahmen passen oder nicht. Das Drücken einer der vier Smiley Tasten suggeriert Beteiligung; man sich sogar noch ernst genommen fühlen. Die Frage aber, zu der wir uns äußern dürfen, ist nur noch von bescheidener Relevanz und lenkt von den eigentlichen Problemen ab. Auf diese Weise verkümmert Demokratie zur Farce. Lassen wir es nicht so weit kommen.

Vielen Dank